

Herr Bischof, ist der Afghanistan-Einsatz ethisch noch zu rechtfertigen?

Das kann ich ohne Weiteres nicht beurteilen...

... die EKD-Ratsvorsitzende, Bischöfin Margot Käßmann, offenbar schon.

Ich lasse mich nicht gegen Bischöfin Käßmann in Stellung bringen. Wenn ich lese, was sie in ihrer Neujahrspredigt gesagt hat, halte ich die Aufregung darüber für ziemlich aufgebauscht.

Wenige Tage zuvor hat Käßmann immerhin gesagt, der Einsatz in Afghanistan sei „auch nach den weitesten Maßstäben der EKD“ nicht zu rechtfertigen.

Was ich für wichtig halte, ist eine offene Diskussion: Welches sind die Ziele des Afghanistan-Einsatzes heute? Und welche Perspektiven oder Strategien gibt es, diese Ziele zu erreichen? Dabei muss man schon sehen, dass sich die Begründungen für den Einsatz über die Jahre verschoben haben. Im Jahr 2001 hat die Regierung Schröder die Bündnistreue Deutschlands in der Nato betont. Heute müssen wir die Lage neu beurteilen und eine Güterabwägung vornehmen. Und um das hinzuzufügen: Natürlich geht es dabei langfristig um eine Exit-Strategie.

Langfristig, sagen Sie. Der Streit dreht sich genau um die Dehnung dieses Begriffs.

Kurzfristig halte ich einen Abzug für nicht sinnvoll. Mit solchen Forderungen ist auch den Soldaten am Ort nicht gedient. Es hilft doch nichts: Der Einsatz ist da. Und man wird nicht sagen können, „dann beenden wir ihn halt“. Natürlich besteht die Gefahr, dass die Gewalt schon allein deswegen zunimmt, weil die internationalen Truppen im Land stationiert sind. Auf der anderen Seite wäre ein eiliger Rückzug – nach allem, was wir wissen – mit einem gewaltigen Schaden für die Bevölkerung verbunden. Unter dem militärischen Schutz der internationalen Truppen hat es ja nachweisbar Fortschritte beim zivilen Aufbau gegeben. Deshalb wäre es schlimmer, sich jetzt eilig zurückzuziehen, als den Einsatz bis auf Weiteres fortzusetzen. Aber noch einmal: Die Ziele müssen klar bestimmt werden, sonst würde man nur eine höchst unbefriedigende Situation ohne Aussicht auf Besserung fortschreiben.

Den Satz „Frieden schaffen mit Hilfe von Waffen“ halten Sie demnach für angemessen?

In der Friedensethik – katholischer wie evangelischer – ist der Krieg immer ein Übel. Waffen schaffen keinen Frieden. Sie können nur zur Abwehr von Gewalt und zur Verteidigung erlaubt sein – dies allerdings auch in einem weiteren Sinn, also etwa dort, wo Menschenrechte grundlegend bedroht sind. Dann kann der Einsatz von Waffen unter bestimmten Bedingungen das kleinere Übel sein.

Nach Pazifismus klingt das nicht. Lassen Sie sich hier nicht doch sehr weit auf die Logik des Krieges ein?

Ich als Bischof habe die Entscheidung über die Entsendung von Soldaten in einen Krieg nicht zu treffen. Das müssen die Politiker nach bestem Wissen und Gewissen tun. Dabei gibt es zwei große Versuchungen. Die eine sehe ich darin, auf den großen militärischen Befreiungsschlag zu setzen. Die andere ist aus meiner Sicht das Einknicken vor Widerständen im Land selbst oder vor der öffentlichen Meinung. Den Politikern in so einer schwierigen Lage von kirchlicher Seite mit radikalpazifistischen Ratschlägen zu kommen, hielte ich für nicht sehr verantwortungsbewusst. Es wäre eher Ausdruck eines gewissen Grades an

Realitätsverweigerung. Entscheidend ist, dass wir in ernstem und sachgerechten Dialog nach Wegen suchen, wie die Logik des Krieges durchbrochen und eine praktische Perspektive für einen gerechten Frieden geschaffen werden kann.

Wie viel Papier passt in der Friedensethik zwischen katholische und evangelische Kirche in Deutschland?

Wenn Sie die Friedensdenkschrift der EKD sowie das Wort der deutschen Bischöfe „Gerechter Friede“ vergleichen, werden Sie ein hohes Maß an Übereinstimmung feststellen. Die Unterschiede fallen nicht wirklich ins Gewicht. Dies ist nicht zuletzt die Frucht jahrzehntelanger Praxis und Dialogs. Das schließt nicht aus, dass man bei der Diskussion um die richtige Friedenspolitik gelegentlich zu unterschiedlichen Schlüssen kommt. Friedensethik erfordert diese Diskussionen geradezu. Meiner Beobachtung nach verlaufen die Diskussionslinien dabei aber nicht zwischen den Kirchen sondern durch die Kirchen selbst.

Interview: Joachim Frank